



Geschäftsführung Gesundheitsausschuss

Herr Kaune

Telefon: (0221) 221-24831

Fax: (0221) 221-26500

E-Mail: volker.kaune@stadt-koeln.de

Datum: 11.05.2018

Niederschrift

über die **Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 07.11.2017, 17:05 Uhr bis 18:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Michael Paetzold	SPD
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Herr Sven Kaske	SPD
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU
Herr Joachim Heinlein	GRÜNE
Frau Bettina Houben	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE vertritt Frau Röhrig, Ursula
-----------------------	--

Beratende Mitglieder

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis
Frau Stella Shcherbatova	Integrationsrat
Herr Dr. med Martin Theisohn	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Dr. Tobias Jacquemain	auf Vorschlag der SPD
Herr Ulrich Krüger	Bürgerzentrum Ehrenfeld
Herr Hartmut Steffens	auf Vorschlag der CDU
Frau Sabine Stiller	CDU
Herr Ahmet Edis	GOL
Frau Dr. Christine Kuch	auf Vorschlag der Grünen
Frau Beate Hane-Knoll	auf Vorschlag von DIE LINKE

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Sophie Säger TX Köln vertritt Herrn Fußten, Thilo

Verwaltung

Frau Monika Baars

Frau Reinhilde Biefang

Frau Dr. Anne Bunte

Frau Jaqueline Demir

Frau Dr. Andrea Eulgem

Herr Johannes Feyrer

Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau

Herr Jörg Simon

Herr Prof. Dr. Gerhard Wiesmüller

Schriftführer

Herr Volker Kaune

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ursula Röhrig DIE LINKE wird vertreten von Frau Tokyürek, Güldane

Beratende Mitglieder

Herr Günter Witzmann

AfD

Herr Thilo Fußten

Aidshilfe Köln e.V. wird vertreten von Frau Säger, Sophie

Frau Elke Bussmann

SPD

Herr Robert Gaida

auf Vorschlag der FDP

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Dr. Unna begrüßt die Anwesenden. Der TOP 6.4 wird gemeinsam mit dem TOP B behandelt.

Die Tagesordnung wird einstimmig wie folgt festgelegt:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A) Antrag der Fraktion Die Linke, Köln auf Durchführung einer aktuellen Stunde betr.

NO₂-Grenzwerte einhalten! – Was bedeuten die Ergebnisse des Dieselpipfels für Köln?
AN/1274/2017

B) Bericht zur fachärztlichen und sozialen Beratung in den Gemeinschafts- und Notunterkünften der Stadt Köln 2017 (gemeinsame Behandlung mit TOP 6.4)

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Erhöhte Feinstaubbelastung durch die Braunkohleverbrennung im Heizkraftwerk Merkenich
1075/2017

2.2 Beantwortung einer Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates zur psychosozialen Betreuung und Plätzen in der Substitutionsbehandlung
2087/2017

2.3 Medizinische Notfallversorgung in Köln
3145/2017

2.4 Brandschutz in Hochhäusern in Köln
2903/2017

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Beschlussvorlagen

5.1 Aktionsplan zur Auszeichnung der Stadt Köln als "Kinderfreundliche Kommune"
2668/2017

- 5.1.1 Antrag zur Vorlage 2268/2017 Aktionsplan zur Auszeichnung der Stadt Köln als "Kinderfreundliche Kommune"

6 Mitteilungen

- 6.1 Ergebnisse des zweiten „Dieselgipfels“ in Berlin, Konsequenzen und Maßnahmen für Köln
Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün am 14.09.2017 - AN/1279/2017
2960/2017
- 6.2 Unbefristete Weiterführung des Projekts "Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung"
2513/2017
- 6.3 Jahresbericht 2016 Aufsuchendes Suchtclearing (ASC)
2979/2017
- 6.4 Bericht zur fachärztlichen und sozialen Beratung in den Gemeinschafts- und Notunterkünften der Stadt Köln 2017
3177/2017 (gemeinsame Behandlung mit TOP B)
- 6.5 Zukunfts- und bedarfsorientiertes Ressourcenmanagement für schutzsuchende Menschen
3217/2017
- 6.6 17. Flüchtlingsbericht
3329/2017

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

- 8 **Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 9 **Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 10 **Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 11 **Beschlussvorlagen**
- 12 **Mitteilungen**
- 13 **Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A) Antrag der Fraktion Die Linke, Köln auf Durchführung einer aktuellen Stunde betr.

NO₂-Grenzwerte einhalten! – Was bedeuten die Ergebnisse des Dieselpipfels für Köln? AN/1274/2017

Herr Beigeordneter Dr. Rau erläutert die Ergebnisse des Dieselpipfels für Köln. Er informiert, dass aus seiner Sicht die beschlossenen Maßnahmen nicht kurzfristig griffen, da es sich in erster Linie um Geldleistungen handle, deren Verwendung zur Verbesserung der Luftqualität zunächst mit Rat und Bezirksregierung abgestimmt werden müsse.

Er weist darauf hin, dass beispielsweise bei einer Umstellung aller KVB-Busse von Diesel- auf Elektrobetrieb lediglich eine Reduktion von NO₂ um 1-2 µg zu erwarten sei. Bei einem aktuell gemessenen Wert von bis zu 67 µg NO₂ und einem Grenzwert von 40 µg NO₂ habe dies nur relativ geringe Auswirkungen auf die Luftqualität.

Zum Hamburger Luftreinhalteplan teilt er mit, dass dieser sehr kostenintensive Plan lediglich zu einem Fahrverbot für Dieselfahrzeuge auf 2-3 km Straße führe.

Auf die Nachfrage von SE Frau Hane-Knoll nach der Einrichtung einer Busspur auf dem Clevischen Ring erläutert Herr Beigeordneter Dr. Rau, dass er vermute, dass dies keine positiven Auswirkungen haben würde, da durch die dann notwendige Sperrung einer Spur die Belastung durch den sich dann verlangsamenden Verkehr steigen würde.

RM Herr Paetzold, der durch diese Diskussion auch den TOP 6.1 dieser Sitzung mit abgehandelt sehe, fragt nach der Möglichkeit, alle städtischen Fahrzeug (auch AWB) auf Elektroantrieb umzustellen.

Herr Beigeordneter Dr. Rau teilt hierzu mit, dass die bei diesen Fahrzeugen notwendigen Akkus zu Lasten der Zuladung gingen und er auf eine Kombination von Elektrofahrzeugen und Hybridfahrzeugen mit kombiniertem Wasserstoffantrieb setze.

SE Frau Hane-Knoll macht darauf aufmerksam, dass eine Einführung von Tempo 30-Zonen kostenneutral sei.

SE Frau Dr. Kuch fragt nach der Möglichkeit des Ausbaus des Radwegenetzes.

Herr Beigeordneter Dr. Rau informiert, dass es Anträge zur Generierung von Finanzmitteln zum Ausbau des Radwegenetzes gebe.

Auf die Frage von SE Frau Sänger nach dem Anteil der Belastung durch den Autobahnring erläutert Herr Beigeordneter Dr. Rau, dass die Hintergrundbelastung bei 20 µg NO₂ liege.

B) Bericht zur fachärztlichen und sozialen Beratung in den Gemeinschafts- und Notunterkünften der Stadt Köln 2017

Frau Dr. Eulgem und Frau Demir vom Gesundheitsamt stellen anhand einer der Niederschrift beigefügten Präsentation und an Beispielfällen die fachärztliche und soziale Beratung in den Gemeinschafts- und Notunterkünften der Stadt Köln im Jahr 2017 dar.

Die Mitteilung unter TOP 4 dieser Sitzung wird wie bei der Festlegung der Tagesordnung beschlossen, an dieser Stelle behandelt.

Die Mitglieder des Gesundheitsausschusses danken für den umfassenden Bericht.

SE Frau Hane-Knoll fragt nach der personellen Ausstattung in diesem Bereich.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, informiert, dass es sich als wichtig herausgestellt habe, dass Krankenpflegepersonal in den Einrichtung vorhanden sei, um eventuelle gesundheitliche Probleme bereits frühzeitig erkennen und den ärztlichen Dienst einschalten zu können. Sie weist auf Nachfrage von RM Herrn Paetzold darauf hin, dass durch die neuen Wohnformen in meist kleineren Einrichtungen die Erreichbarkeit der Bewohnerinnen und Bewohner mit der vorhandenen und auf Basis der großen Notunterkünfte geplanten Personalkapazitäten schwierig sei. Sie macht weiterhin deutlich, dass die Anzahl der psychischen Erkrankungen bei den Geflüchteten gestiegen sei und auch diesem Bedarf begegnet werden müsse.

SE Herr Edis fragt nach dem Stand der Verwendung der 50.000 € für Sprachmittler aus dem interkulturellen Maßnahmenprogramm.

Frau Dr. Bunte erläutert, dass die Mittel für Sprachmittler gerade bei psychischen Erkrankungen eingesetzt würden, aber auch das seit Sommer 2016 eingesetzte System der Videodolmetscher erfolgreich und kostengünstiger sei, als angenommen.

Auf die Frage von Frau Tokyürek, ob zur Feststellung von psychischen und anderen Erkrankungen auch eine Kooperation mit dem JobCenter erfolgen könne, wird dieses bejaht, aber auch darauf aufmerksam gemacht, dass im JobCenter nur Erwachsene betreut würden würden.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Erhöhte Feinstaubbelastung durch die Braunkohleverbrennung im Heizkraftwerk Merkenich 1075/2017

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

2.2 Beantwortung einer Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates zur psychosozialen Betreuung und Plätzen in der Substitutionsbehandlung 2087/2017

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Beantwortung mit zwei Nachfragen zur Kenntnis.

RM Frau Tokyürek weist auf die auf Seite 4 dargestellten Träger hin und fragt, warum diese hauptsächlich aus dem linksrheinischen Bereich von Köln kämen.

RM Paetzold fragt nach eventuellen Wartezeiten für diese Plätze.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, sagt zu, diese Fragen an die zu-

ständige Sozialverwaltung weiterzugeben.

2.3 Medizinische Notfallversorgung in Köln 3145/2017

Die Beantwortung der Anfrage wird auf Wunsch von SB Frau Houben in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses behandelt.

2.4 Brandschutz in Hochhäusern in Köln 2903/2017

Die Beantwortung der Anfrage wird auf Wunsch von SB Frau Houben in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses behandelt.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

5 Beschlussvorlagen

5.1 Aktionsplan zur Auszeichnung der Stadt Köln als "Kinderfreundliche Kommune" 2668/2017

Frau Baars und Frau Biefang vom Amt für Kinder, Jugend und Familie erläutern die Vorlage „Aktionsplan zur Auszeichnung der Stadt Köln als Kinderfreundliche Kommune“. Ziel sei der Erhalt dieses Siegels des Unicef-Kinderhilfswerks.

Sie machen auf eine Kick off-Veranstaltung zu dieser Thematik am 20.02.2018 in der Piazzetta des Rathauses aufmerksam.

SB Frau Houben informiert darüber, dass der Antrag von Frau SE Grimbach-Schmalfuß (Top 5.1.1) in der Sitzung des JHA textlich integriert worden sei.

SE Frau Grimbach-Schmalfuß hält eine Berücksichtigung der Belange von Kindern und Jugendlichen für wichtig und würde sich wünschen, dass sich dies auch in der Steuerungsgruppe wiederfinde.

Frau Biefang erläutert, dass diesen Belangen durch die Beteiligung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und durch die Abstimmung der Vorlage mit der Dienststelle Diversity Rechnung getragen worden sei.

Sie macht deutlich, dass die Vorlage keine abschließende Bestandsaufnahme darstelle, sondern dass die eigentliche Arbeit erst nach dem Beschluss dieser Vorlage beginne und hier auch die Belange von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen berücksichtigt würden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt den Aktionsplan „Kinderfreundliche Kommune“ zur Kenntnis und beschließt dessen Umsetzung ab Januar 2018. Bei der Umsetzung wird die Priorität auf Maßnahmen zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen gelegt. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 312.500€ stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2018 – zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Auf der Grundlage der mündlichen Zusicherung der Verwaltung, die im unter TOP 5.1.1 behandelten Antrag auf Berücksichtigung der Belange von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen im weiteren Verfahren zu berücksichtigen und um den weiteren Beratungsverlauf zu ermöglichen, wird die Vorlage dem Rat einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

5.1.1 Antrag zur Vorlage 2268/2017 Aktionsplan zur Auszeichnung der Stadt Köln als "Kinderfreundliche Kommune"

Durch die Beschlussfassung unter TOP 5.1 mit der mündlichen Zusicherung der Verwaltung, die in diesem Antrag beschriebenen Belange von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen im weiteren Verfahren zu berücksichtigen und um die Beratung und Beschlussfassung der nachfolgenden Gremien zu ermöglichen, wird auf eine gesonderte Beschlussfassung zu diesem Antrag verzichtet.

6 Mitteilungen

6.1 Ergebnisse des zweiten „Dieselgipfels“ in Berlin, Konsequenzen und Maßnahmen für Köln Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün am 14.09.2017 - AN/1279/2017 2960/2017

Die Beratung dieser Mitteilung erfolgt im Zusammenhang mit der aktuellen Stunde zu TOP A.

6.2 Unbefristete Weiterführung des Projekts "Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung" 2513/2017

RM Herr Paetzold teilt mit, dass er froh sei, dass es hier zu einer Weiterführung und absehbarer Entfristung gekommen sei. Dieses Ergebnis hätte er gern schon im Frühjahr 2017 gehabt.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.3 Jahresbericht 2016 Aufsuchendes Suchtclearing (ASC) 2979/2017

SB Frau Houben fragt, ob es Erkenntnisse über eine Änderung bei den verwendeten Suchtmitteln gebe.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, teilt mit, dass Heroin hier in Köln dominiere. Für weitere Informationen bittet sie darum, den Bericht des ASC für 2017 abzuwarten.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.4 Bericht zur fachärztlichen und sozialen Beratung in den Gemeinschafts- und Notunterkünften der Stadt Köln 2017
3177/2017**

Die Beratung der Mitteilung erfolgt zusammen mit der Präsentation unter TOP B.

**6.5 Zukunfts- und bedarfsorientiertes Ressourcenmanagement für schutzsuchende Menschen
3217/2017**

SB Herr Heinlein dankt für die Darstellung.

SE Herr Dr. Theisohn regt an, die dann aktuell nicht mehr benötigten Einrichtungen nicht im jetzigen Zustand „einzumotten“, sondern sie direkt so herzurichten, dass sie bei Bedarf in einem besseren Zustand nutzbar seien.

Herr Beigeordneter Dr. Rau teilt mit, dass die Anregung aufgenommen werde, aufgrund von begrenzt zur Verfügung stehenden Mitteln aber priorisiert werden müsse. Reservekapazitäten würden aber vorgehalten.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.6 17. Flüchtlingsbericht
3329/2017**

Der Ausschussvorsitzende, RM Herr Dr. Unna, dankt für den Bericht, würde sich aber wünschen, dass ein solcher Bericht früher vor dem Sitzungstermin zur Verfügung stünde.

Der Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

7 Mündliche Anfragen
Keine

Dr. Unna
Ausschussvorsitzender

Kaune
Schriftführer